

Linkes Infoblatt des Kreisverbandes Altenburger Land



In einer Atempause die erreichten Ziele genießen.
In einem Ausblick neue Horizonte erkennen.
Mit Kraft und Zuversicht ins neue Jahre starten.



Besinnliche Feiertage und einen guten Start
ins Jahr 2015 wünschen Euch:



Michaele Sojka, Ute Lukasch, Dr. Birgit Klaubert und Frank Tempel

Liebe Genossinnen und Liebe Genossen,

Wenn wir das Jahr 2014 in einer ruhigen Stunde rückblickend betrachten, können wir für uns alle sagen: *Dies war ein erfolgreiches Jahr.* Es hat viel Kraft gekostet, viel Mühe mit sich gebracht, manche Veränderung erfordert, doch es hat sich gelohnt. Erstmals ist am 5. Dezember 2014 ein LINKER zum Ministerpräsidenten in Thüringen gewählt worden. Bodo Ramelow wird Thüringen mit ROT-ROT-Grün regieren. Der Koalitionsvertrag ist unterschrieben und gilt nun in die Tat umgesetzt zu werden.

Der Kreisverband Altenburger Land gratuliert allen Genossinnen und Genossen, welche im Monat Dezember und Januar Ihren Geburtstag feiern oder feierten ganz herzlich und wünschen Allen viel Gesundheit, Freude und Wohlergehen.



Ute Lukasch
Im Auftrag des Kreisvorstandes
Altenburger Land

Der Kreisverband Altenbur-

ger Land hat zwei Abgeordnete im Thüringer Landtag sitzen. Dafür sei an dieser Stelle noch einmal herzlichst gedankt. Mit Birgit Klaubert haben wir eine LINKE „Ministerin für Bildung, Jugend und Sport“, die aus dem Altenburger Land kommt und wie keine andere in der Kulturszene verankert ist und akzeptiert wird. All dies stellt uns natürlich auch vor neue Herausforderungen. Ergebnisse, die jetzt unter einer ROT-ROT-Grünen Landesregierung erreicht werden, müssen ebenso kommuniziert werden, wie die Wege dorthin. Ein Beispiel sei genannt: Das kostenfreie Kita-Jahr kann erst kommen, wenn das Landeserziehungsgeld abgeschafft wird. Gesetze zu ändern bedarf immer eines gewissen Zeitrahmens. Nicht alles was im Koalitionsvertrag steht, kann sofort umgesetzt werden. Im Arbeitsplan des Kreisverbandes werden Info-Stände zu aktuellen Bundes- und Landesthemen ebenso stehen, wie thematische Veranstaltungen. Veranstaltungen mit unserer Landrätin, Michaele Sojka, zur Entwicklung des Landkreises, so wie der Besuch des Ministerpräsidenten im Landkreis zu einer Buchlesung. Es liegt eine spannende Zeit vor uns, wir können Politik gestalten, das geht aber nur gemeinsam.

Ich wünsche euch allen eine ruhige und besinnliche Weihnachtszeit, sowie einen guten Start ins neue Jahr.

Eure Ute Lukasch

**FÜR
SIE DA!
SOZIAL
&
REGIONAL!**

www.utelukasch.de

Einfach Mensch sein!

Wir erleben seit einigen Jahren eine ständig wachsende Flüchtlingswelle. Inzwischen sind weltweit mehr als 50 Millionen Menschen auf der Flucht, hauptsächlich aus den Ländern des arabischen und afrikanischen Raums. Das sind fast so viele wie es im 2. Weltkrieg Tote gab. Und es werden jeden Tag mehr.

Warum kehren Tag für Tag hunderte Menschen ihrem Heimatland den Rücken und machen sich auf den Weg in eine unge-wisse Zukunft? Warum nehmen sie selbst den Tod in Kauf? Sind das alles Abenteurer oder Menschen, die von dem guten Leben in den reichen Industrieländern profitieren wollen?

Die wenigsten Menschen verlassen gern ihre Heimat, zumal die Familienbande in diesen Ländern eine viel größere Rolle spielen als bei uns. Da ist es schon schmerzlich, wenn die Familie in vier bis fünf verschiedenen Ländern untergekommen ist, obwohl man sich freut, dass erst einmal alle in Sicherheit sind. Und nicht alle Flüchtlinge sind mittellos in ihrer Heimat. Sie haben sich teilweise eine gute Existenz geschaffen, die sie nicht ohne Grund aufgeben.

Schuld an der Misere sind Kriege und bewaffnete Konflikte, durch die täglich Menschen ihr Leben lassen müssen, vertrieben werden und einem ungewissen Schicksal entgegengehen. Viele sind traumatisiert: Bombenangriffe, Vergewaltigungen, das Töten ganzer Familien - das ist nur schwer zu verarbeiten, besonders für die Kinder. Dazu kommen die Strapazen der Flucht und die Ungewissheit, ob man in einem Land gut aufgenommen wird. Jeder unserer älteren Bürgerinnen und Bürger wird die Ängste der Betroffenen nachfühlen können, denn vor 75 Jahren haben die Menschen in Europa durch den bis dahin schlimmsten Krieg in der Menschheitsgeschichte ähnliche Erfahrungen gemacht. Weitere Gründe sind Menschenrechtsverletzungen oder Diskriminierung und fehlender Minderheitenschutz, mangelnde politische oder ökonomische Teilhabe, was die Regierungen direkt verursachen. Chronische Armut und Hunger als weitere Ursachen sind zum Teil ebenfalls durch die Regierungen verursacht, aber auch durch den Klimawandel und die ungerechte Handelspolitik. Die Verfügbarkeit nahezu endloser Mengen an Kleinwaffen und schwerem Kriegsgerät auch für nicht-staatliche Akteure gehören ebenso dazu.

Und was macht Europa? 25 Jahre nachdem in Deutschland die Mauer fiel, bauen wir eine noch höhere um Europa. Als wenn das irgend etwas in den betroffenen Ländern ändern würde und die Flüchtlinge abhalten würde, sich eine sichere Zukunft in Europa zu suchen.

Es gäbe aber durchaus geeignete Mittel zur Fluchtbekämpfung. Erstes und entscheidendes Mittel wäre ein vollständiges Verbot von Rüstungsexporten und da könnte

Deutschland als drittgrößter Waffenexporteur tatsächlich einen entscheidenden Beitrag leisten. Stattdessen könnte das Geld für Präventionsmaßnahmen zur friedlichen Konfliktbewältigung verwendet werden. Dann wären auch Maßnahmen für sinnvolle Entwicklungshilfe und damit zur Überwindung von Hunger und Krankheiten möglich. Doch diese

Einsicht wird sich bei den politisch Verantwortlichen nur durchsetzen, wenn sie durch die Völker der Weltgemeinschaft dazu gezwungen werden.

Bis dahin haben wir die verdamnte Pflicht, die Menschen, die zu uns kommen nicht als Belastung, sondern als wertvolle Bereicherung unseres Lebens anzusehen. Für alle die meinen, wir werden von Flüchtlingen überschwemmt: Deutschland als viertgrößte Wirtschaftsmacht nimmt derzeit 0,4 % der Flüchtlinge auf. Auf 700 Einwohnerinnen und Einwohner kommt ein Flüchtling.

Alle Ausgaben für Asylsuchende zusammen wie Unterkunft, Lebensunterhalt und gesundheitliche Versorgung betragen ca. 13€ pro Bundesbürgerin bzw. Bundesbürger pro Jahr. Das ist lächerlich wenig im Vergleich zu anderen Ländern.

Für mich ist **jeder Mensch**, gleich welcher Hautfarbe oder Religion, vor allem ein menschliches Wesen. Sich diesen Menschen gegenüber so zu verhalten, wie ich behandelt werden möchte, ist eine Selbstverständlichkeit. Das Wort „Willkommenskultur“ verkommt inzwischen zu einem nichts sagenden Schlagwort. „Eine Willkommenskultur entwickeln“ hört sich für mich so an, als wenn ich dem Menschen erklären muss, was den Menschen ausmacht. bzw. ausmachen sollte.

Einfach Mensch sein genügt, um dem Asylbewerber oder Flüchtling in bestimmten Situationen Hilfe anzubieten, oder ihm als meinem neuen Wohnungsnachbarn genauso freundlich entgegen zu kommen wie meinen deutschen Nachbarn. Da ergeben sich ganz von selbst interessante Gespräche und Vorurteile lösen sich schnell auf. Jeder, der zum Straßenfest in Schmölln war hat gute Erfahrungen gemacht. Deshalb wäre es schön, wenn im nächsten Jahr noch mehr Menschen aus dem Landkreis am 3. Oktober den Weg dorthin finden würden. Auch deshalb muss eine durchgehend dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge bzw. Asylbewerber gelingen. Einen ganzen Stadtteil wie Altenburg Nord mit Asylsuchenden zu belasten, ist für mich nicht mit unseren Parteiprinzipien vereinbar. Das führt zu einer Gettoisierung und verhindert eine Integration der Menschen. Da ist aber auch jeder Bürgermeister/jede Bürgermeisterin, jede Wohnungsgesellschaft, aber auch Privatpersonen gefragt. Statt hohen Leerstand zu verkraften, sind sichere Mieten eigentlich die bessere Lösung. Was aber nicht geht ist: nicht mit den Hausbewohnern im Vorfeld zu sprechen. Das ist leider zur Zeit die gängige Praxis, da muss man sich nicht wundern, wenn es zu Problemen kommt. Die Menschen wollen mitgenommen werden. Und das sollte für uns Linke eigentlich Herzenssache sein. Wir müssen davon ausgehen, dass auch in den nächsten Jahren die Zahl der Asylbewerber steigen wird. Und darauf müssen wir vorbereitet sein. Das kostet Geld und die Kommunen dürfen dabei natürlich nicht allein gelassen werden. Da sind Bund und Land stärker in der Pflicht. Viele Flüchtlinge werden für längere Zeit in Deutschland leben, deshalb ist ein möglichst schneller Zugang zu Bildung, Arbeit und gesellschaftliche Teilhabe notwendig. Deutschkurse müssen deshalb schneller ermöglicht werden, denn nur dann ist auch eine Eingliederung in den Arbeitsmarkt möglich. >>>

**FÜR
SIE DA!
SOZIAL
&
REGIONAL!**

Eine besondere Vorbildrolle sollten natürlich unsere Verwaltungen und politisch Verantwortlichen übernehmen. Leider gibt es da noch viel zu tun. Vielleicht sollte sich jeder die Gedanken des deutschen Astronauten Alexander Gerst aus dem Weltraum (Ende Juli 2014) zu eigen machen: „Als Astronauten haben wir aus 400 Kilometern Höhe eine einzigartige Sicht auf unseren Planeten. Dinge, die wir auf der Erde jeden Tag in den Nachrichten sehen und so fast als gegeben ansehen, wirken aus unserer Perspektive ganz anders. Aus dem Weltraum kann man keine Grenzen erkennen. Wir sehen bloß einen einzigartigen Planeten mit einer dünnen, zerbrechlichen Atmosphäre, der in der weiten Dunkelheit des Alls schwebt. Von hier oben wird einem klar, dass die Menschheit auf der Erde eins ist und wir dasselbe Schicksal teilen“

(gefunden in: Informationen 150/2014-4 von ohne Rüstung leben)
Barbara Ebert

education4kenya lädt Schulmanager nach Deutschland ein

Bereits im vergangenen Jahr konnte education4kenya die kenianische Schulleiterin des Vereins zu Weiterbildungszwecken und für einen kulturellen Austausch nach Deutschland einladen. Nun war es auch möglich den neuen Schulmanager George Muisyo einzuladen. Zwischen dem 24.11. und 14.12. hat der Verein ein vielfältiges Kultur- und Weiterbildungsprogramm für den Gast aus Kenya vorbereitet.

Heute stand u.a. ein Besuch auf dem Altenburger Weihnachtsmarkt auf dem Plan. Neben Glühwein gab es für den weitgereisten Gast auch neue süße kulinarische Entdeckungen. Zu diesem kleinen kulturellen Intermezzo überreichten das Büro von Dr. Birgit Klauert zusammen mit der Kreisvorsitzenden der LINKEN, Ute Lukasch, ein Präsent an Mr. Muisyo. Frau Klauert lädt den Gast zudem am Mittwoch zum Besuch des neuen Stücks „Die Schutzlosen. Les Zéros-Morts.“ am Theater Altenburg ein.

Mr. Muisyo ist zusammen mit seiner Frau ausgebildeter Grundschullehrer an der Schule des Vereins. Als Manager ist er aber vor allem für die Umsetzung des Schulbetriebes sowie für den Außenkontakt, zum Beispiel zum Schulministerium verantwortlich. Erstmals erhielt so die Schule eine spezielle Zertifizierung für die Abnahme der Prüfungen in der 8. Klasse. Der Verein hat Mr. Muisyo in den letzten Tagen in verschiedenen Büroarbeiten weitergebildet. Ziel ist es, dass so die wöchentlichen Schulstatistiken nach Deutschland weitergeleitet werden. Zu diesem Zweck bekam der Schulmanager auch ein entsprechendes Telefon für die regelmäßige Erreichbarkeit gestellt.

Falko Neubert



„Thüringer Rose“ für ehrenamtliches Engagement verliehen

Zwölf Frauen und Männer sind am 19. November auf der Wartburg in Eisenach für ihr bürgerschaftliches Engagement mit der „Thüringer Rose“ ausgezeichnet worden.

Die Auszeichnung erinnert an das sogenannte Rosenwunder der Thüringer Landgräfin Elisabeth, die auf der Wartburg lebte und von dort vertrieben wurde. Sie wurde, kurz nach ihrem frühen Tod, wegen ihres Einsatzes für Arme und Kranke im Jahr 1235 heiliggesprochen.

In Erinnerung an die Heilige Elisabeth von Thüringen wird seit 1993 mit dieser Auszeichnung das ehrenamtliche Engagement von Menschen gewürdigt, die sich in selbstloser Weise für hilfsbedürftige Mitmenschen einsetzen.

Mit der „Thüringer Rose“ werden Menschen ausgezeichnet, die – nicht selten von der Öffentlichkeit ganz unmerklich – viel mehr als nur ihre Pflicht tun. Sie setzten sich selbstlos, mitfühlend und mutig für andere ein, ohne auf Gegenleistung aus zu sein. Ob bei der Betreuung alter, kranker und behinderter Menschen, bei der Pflege von Familienangehörigen, in einer Selbsthilfegruppe oder in der Kirchgemeinde – der persönliche Einsatz dieser Menschen verdient unseren Dank und unsere große Anerkennung. Die Auszeichnung will aber auch andere dazu ermutigen, sich sozial zu engagieren.“



Gehrt wurde auch Andreas Schmidt aus Altenburg. Er setzt sich seit vielen Jahren ehrenamtlich für Menschen mit Behinderung ein und ist Gründungsmitglied der Selbsthilfegruppe „Rollis Altenburger Land“, die er bis heute leitet. Im Altenburger Stadtrat setzte sich Andreas Schmidt für einen barrierefreien Bahnhof u. eine barrierefreie Schwimmhalle ein. Er ist stellvertretender Vorsitzender des Sportvereins TUS Schmölln e.V. – Bereich Reha Sport, dem er seit 1994 als aktives Mitglied und Kapitän der Rollstuhl-Basketballmannschaft angehört. Er engagiert sich zudem in der Kleingartenanlage „Weißer Berg“ Altenburg, wo es einen Behindertengarten mit Hochbeeten gibt.

Gabi Porzig

**FÜR
SIE DA!
SOZIAL
&
REGIONAL!**

Die Drachen sind los! ROT-ROT-GRÜN Thüringen traut sich was!

Der Mitgliederentscheid in Thüringen für eine ROT ROT Grüne Landesregierungs-beteiligung mit einem LINKEN Ministerpräsidenten erfolgte mit einer 77,6-prozentigen Wahlbeteiligung des Kreisverbandes Altenburger Land. Mit „JA“ stimmten in Thüringen 3704 Mitglieder, Neinstimmen waren 65 und 71 enthielten sich der Stimme.



Der Parteitag am 03.12.2014 folgte diesem Votum der Mitglieder. 108 Delegierte stimmten mit 104 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen dem Koalitionsvertrag zu.

Diese 3. Tagung des 4. Landesparteitages wurde durch die Landrätin des Ilmkreises, Frau Petra Enders eröffnet. Sie überreichte einen „Besen mit roten Borsten, einem grünen Stiel und einem weiteren roten Stielende“ an Bodo Ramelow. Dieser wies darauf hin, dass die „Roten Borsten“ die Linkspartei sei.



Die Leiter der sechs Arbeitsgruppen berichteten über ihre Arbeit der letzten Wochen, so auch Frau Dr. Birgit Klaubert als Leiterin der Arbeitsgruppe 3 (Bildung, Kultur). Sie berichtete von einer tollen Atmosphäre mit den Koalitionspartnern. In dieser Arbeitsgruppe wurden u.a. die Themen Schul- und Erwachsenenbildung, Religiöse Vielfalt, Stabilität an und in Schulen durch mehr Personal und bessere Ausstattung behan-

delt. „Die Schulen müssen ein Ort der Gesellschaft und des Lebens sein“ betonte Frau Dr. Klaubert. Weitere Themen waren das kostenlose KITA-Jahr zur Entlastung der Eltern und für die gemeinsame Bildung der Kinder. Ebenso wichtig ist auch ein gemeinsames längeres Lernen und der Erhalt „freier Schulen“ mit der Einschränkung, dass diese *keine* Elitär-Schulen sein dürfen.

Ein weiterer Punkt in den Ausführungen von Frau Dr. Klaubert wird der sorgsamem Umgang mit der Aufarbeitung der Vergangenheit sein. Dieses schließt die Nazi- aber auch die DDR-Vergangenheit mit ein. Die Voraussetzung hierfür müsse aber auch die eigene Hinterfragung beinhalten.

Am Ende betonte Frau Dr. Klaubert noch einmal die unwahrscheinlich gute und ergänzende Zusammenarbeit mit der SPD und den Grünen und verriet den Anwesenden mit einem Lächeln: „Es gab KEIN grünes Essen sondern sogar ab und zu mal Pizza“.

Zum Abschluss dieser Veranstaltung sprach Bodo Ramelow noch einmal zuversichtlich zu den Anwesenden, wofür er andauernden Applaus bekam. Zeitgleich flogen rote und grüne Luftballons durch den Saal. Ein bewegender Moment für alle!



Dann folgte der 4. Dezember.

An diesem Tag wurde, nachdem die Parteien ihre jeweiligen Befragungen beendet hatten, der Koalitionsvertrag unterzeichnet.



**FÜR
SIE DA!
SOZIAL
&
REGIONAL!**

Der 5. Dezember, ein historischer Tag!

Erstmal herrschte angespannte Stimmung, als Bodo im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit nicht erreichte. 45 Stimmen für Bodo, 1 Enthaltung und eine ungültige Stimme. Bei insgesamt 91 abzugebenden Stimmen reichte das nicht.

Es folgte der zweite Wahlgang. Mega-Jubel und riesige Erleichterung, als klar wurde: WIR HBEN ES GESCHAFFT! Mit 46 Ja-Stimmen und wieder einer ungültigen Stimme schaffte Bodo nunmehr die absolute Mehrheit und wurde somit der ersten LINKEN Ministerpräsidenten überhaupt!



Nach seiner Vereidigung gab es eine Pause, in welcher sich der neue Ministerpräsident mit den Abgeordneten der drei Koalitionsparteien zurück zog, um die bevorstehende Ernennung der einzelnen Minister vorzubereiten. Nach einem kurzen Mittagsessen, in welcher die Abgeordneten ihre Fraktionen kurz besuchten, fanden sich die Abgeordneten mit ihrem Ministerpräsidenten, unter gigantischem Presse-Rummel, wieder im Parlament ein. Bodo Ramelow stellte sein neues Kabinett vor:



Staatskanzlei:

Benjamin-Immanuel Hoff (Linke)

Arbeit und Soziales:

Heike Werner (Linke)

Infrastruktur und Landwirtschaft:

Birgit Keller (Linke)

Bildung, Jugend, Sport:

Birgit Klaubert (Linke)

Finanzen, stellvertretende Ministerpräsidentin:

Heike Taubert (SPD)

Wirtschaft und Wissenschaft:

Wolfgang Tiefensee (SPD)

Inneres:

Holger Poppenhäger (SPD)

Justiz:

Dieter Lauinger (Grüne)

Umwelt, Naturschutz und Energie:

Anja Siegesmund (Grüne)

Nun heißt es, den Koalitionsvertrag bestmöglich und zeitnah umzusetzen und unsere Abgeordneten werden sicher ihr BESTES geben, um den Menschen zu zeigen: *LINKS KANN ES, LINKS SCHAFFT ES!*

J.L.



Ute Lukasch gratulierte unserer frisch gebackenen Ministerin aus Altenburg, Frau Dr. Birgit Klaubert, im Namen des Kreisverbandes Altenburger Land gleich vor Ort mit einem Rot-Rot-Grünen Blumenstrauß mit den besten Wünschen, welche viel Kraft, Durchhalte- und Durchsetzungsvermögen beinhalten.

Birgit Klaubert wird sich für die vereinbarten Ziele im Koalitionsvertrag einsetzen, wie zum Beispiel pro Jahr 500 Lehrerinnen und Lehrer sowie einer zusätzlichen Vertretungsreserve einzustellen. Thüringer Gemeinschaftsschulen sollen als Angebot des längeren gemeinsamen Lernens weiter ausgebaut und flächendeckend geschaffen werden. Es soll ein Investitionsprogramm für Schulen und Schulsportstätten initiiert werden, dass die bisherigen finanziellen Möglichkeiten deutlich erweitert. Pro Jahr sollen 30 Mio Euro zusätzlich zu bestehenden Programmen in Schulbau und Schulsanierungsmaßnahmen fließen. Dies sind nur einige Beispiele aus dem Koalitionsvertrag der Vertragsparteien Die Linke, SPD und Bündnis90/Die Grünen.

**FÜR
SIE DA!
SOZIAL
&
REGIONAL!**

StadtLebendig

Drei Vereine luden gemeinsam zum Austausch über eine lebendige Stadt ein, wobei die Projekte STADTFINDEN (Radioprojekt mit Container) und STADTKUNDIG (Weiterbildungsangebote) rückblickend ihre Arbeit in unterschiedlichen Stadtteilen Erfurts schildern und auch am Herrenberg Ansätze von Stadtteilaktivierung (STADT-TEILZENTRUM) reflektiert werden. Es wurden ihre Projekte der letzten drei Jahre reflektiert. Projekte, die das Ziel hatten die Stadt lebendig zu gestalten. Das heißt auch mitgestalten.

In einem Podiumsgespräch kommen weitere Initiativen und Gruppen zu Wort, die in ihrem Umfeld Ideen der Stadtteilgestaltung umgesetzt und langfristig etabliert haben.

Darüber hinaus bereichert der Blick von außen die Diskussion. Französische Gäste aus Valde-gour berichten über ihre Erfahrungen, eigene Stadtteile zu beleben und dabei kreative Ideen zu verwirklichen.

Ein Ergebnis von StadtLebendig ist, die Eröffnung des Stadtteilzentrums am Herrenberg in Erfurt. Viele kreative Ideen, die gemeinsam entwickelt wurden, werden in die Tat umgesetzt, vieles ist noch zu tun.

Der Verein Plattform e.V. startete am 01. August 2014 den Betrieb des Stadtteilzentrums am Herrenberg. In den festen Öffnungszeiten, in der Vorbereitungsphase montags bis freitags jeweils 13:00 bis 18:00 Uhr, werden nun zunächst die Wünsche der Bewohnerschaft erfragt. Klar ist, dass es ein soziokulturelles Angebot als offener Treffpunkt im Stadtteil für alle Bewohner des Herrenberges geben soll.



An den Pinnwänden am Eingang sind schon eine Menge Vorschläge eingegangen. So ist zu lesen: Romméspiele, Tanznachmittage für die ältere Generation, Musikveranstaltungen, das Fahrrad selbst reparieren zu können und auch dem Objekt ehemals „Urne“ einen zeitgemäßen Namen zu geben. Reiseberichte, Buchlesungen oder auch Veranstaltungen unter dem Motto „Wolle“ für Jung und Alt stehen auf der Liste. Über einen intensiven Beteiligungsprozess werden die Bedarfe ermittelt, analysiert und fließen in ein nachhaltiges Konzept „Stadtteilzentrum Herrenberg“ ein. „Ich hoffe aus dem einmaligen Projekt wird eine dauerhafte Einrichtung, ich wünsche dafür jedenfalls viel Erfolg.“

Ute Lukasch

Die finanzielle Situation der Stadt Meuselwitz und vermutete Veruntreuung öffentlicher Gelder

Die Stadt Meuselwitz kann in Zukunft ihre finanzielle Leistungsfähigkeit nicht mehr sichern. Nach jetzigen Kenntnisstand werden 2016 keine Rücklagen, die gesetzlich vorgeschrieben sind, mehr vorhanden sein. Aus diesem Grund hat das Land Thüringen der Stadt bereits vor einigen Jahren die Erarbeitung eines Sanierungskonzeptes auferlegt. Ziel ist hierbei die Minimierung der Ausgaben, insbesondere der freiwilligen Leistungen, und die Erhöhung möglichst aller Gebühren und Einnahmen.

In diesem Zusammenhang hat der Landesrechnungshof 2012 eine Tiefenprüfung der finanziellen Situation und finanziellen Aktivitäten der Stadt im Zeitraum 2005-2010 durchgeführt. Der Prüfbericht wurde Anfang diesen Jahres der Stadtverwaltung übergeben und den Fraktionen im Stadtrat zur Kenntnis gegeben. In meiner Funktion als Stadtratsmitglied (Oktober 2013 bis Mai 2014 als Nachrücker) habe ich diesen Bericht gelesen.

Durch mehrere hochspekulative, hochriskante Kreditverträge mit Privatbanken entstand der Stadt ein festgestellter Schaden von 2,1 Millionen €. Den an diesen Vertragsabschlüssen beteiligten Personen wurde eine völlige Unkennt-

nis der Funktionsweise dieser Geschäfte bestätigt. Beim Lesen des Prüfberichtes wird jedem Laien in Finanzangelegenheiten deutlich, dass es sich bei den erwirtschafteten hohen Verlusten um grob fahrlässig veruntreute öffentliche Gelder handelt. In welchem Umfang hier die Bank schuldhaft gehandelt hat, wird noch zu klären sein.

Infolge der dargestellten Sachverhalte habe ich im März Strafanzeige gegen Unbekannt wegen Untreue zum Schaden der Stadt Meuselwitz bei der Staatsanwaltschaft Gera erstattet.

Ein später von der Stadt in Auftrag gegebenes Gutachten will diesen Verlust auf ca. 800 000 € reduziert haben. In seiner letzten öffentlichen Sitzung am 19.11. hat der Stadtrat beschlossen gegen die Commerzbank Klage zu erheben und den entstandenen Schaden von ca. 800 000 € einzufordern. Inwieweit dieses Vorhaben erfolgreich sein wird ist sehr fraglich.

Ich hoffe, die Justiz stellt die Hauptverantwortlichen dieser für die Stadt so verlustreichen Geschäfte bei der Commerzbank fest und die beteiligten Mitarbeiter in der Stadtverwaltung sind hierbei (nur) aus Unkenntnis übertölpelt worden.

Roland Grötzsch

**FÜR
SIE DA!
SOZIAL
&
REGIONAL!**

Große Einigkeit bei Experten – Betäubungsmittelgesetz gehört auf den Prüfstand

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE, sowie der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde am 05.11.2014 durch den Gesundheitsausschuss eine Anhörung zu unserem gemeinsamen Antrag „Beabsichtigte und unbeabsichtigte Auswirkungen des Betäubungsmittelgesetzes überprüfen“ durchgeführt.

In der Anhörung wurde von allen anwesenden Fachexper-

ten Kosten der Verwaltung der Drogenprohibition.

Der Berliner Substitutionsarzt Dr. Jörg Gözl wurde noch deutlicher in seiner Kritik am BtMG. Das bestehende Gesetz sowie die Betäubungsmittel-Verschreibungsverordnung (BtMVV) zerstörten den lebenslangen therapeutischen Prozess in der Substitutionsbehandlung. Die ärztlichen Möglichkeiten würden extrem eingeschränkt

und es finde eine Kriminalisierung der Ärzte statt, so Dr. Gözl.

Der Bundesvorsitzende des Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK), André Schulz, betonte, dass Verbote nachweislich nur zu einem geringen Teil abschreckend auf potenzielle Konsumierende wirkten und es bisher keinen wissenschaftlichen Beleg für eine generalpräventive Wirkung der Drogenprohibition gäbe.

Die von der SPD benannte Expertin Kerstin Jüngling, Geschäftsführerin der Fachstelle Suchtprävention Berlin, führte aus, dass durch die bestehende Illegalisierung bestimmter Drogen eine Aufklärung über diese kaum möglich sei, diese wäre aber vor



v.l.n.r.: Prof. Dr. Heino Stöver, André Schulz, Dr. Harald Hans Körner, Prof. Dr. Lorenz Böllinger, Dr. Jörg Gözl, Hans-Günter Meyer-Thompson

ten festgestellt, dass es eine Evaluation des bestehenden Betäubungsmittelgesetzes (BtMG) längst überfällig ist. Daher verwundert es wenig, dass sieben von acht eingereichten SCHRIFTLICHEN STELLUNGNAHMEN diese Evaluation befürworten. Einzig der von der Union eingeladene, aber aufgrund eines Flugzeugausfalls selbst nicht anwesende, Oberstaatsanwalt Patzak sprach sich gegen den Antrag von Linken und Grünen aus.

Prof. Dr. Lorenz Böllinger hingegen betonte, dass eine Evaluation notwendig sei, weil fraglich ist, ob das BtMG dem Verhältnismäßigkeitsprinzip standhält. Dadurch, dass das Strafrecht als schärfstes Sanktionsmittel, das ein Staat gegen seine Bürger anwenden darf, einen Verfassungsrang besitze, müsse hierbei insbesondere die Verhältnismäßigkeit gewahrt bleiben. Die unbeabsichtigten Folgen des BtMG sowie deren erhebliche gesellschaftlichen Kosten müssten daher kritisch evaluiert werden, so Böllinger.

Prof. Dr. Heino Stöver von der Frankfurt University of Applied Sciences legt dazu in seiner Stellungnahme eine Reihe erheblicher unerwünschter Neben- und Gegenwirkungen der Prohibition dar, diese seien u. a.: Duldung eines enormen Schwarzmarkts sowie der Organisierten Kriminalität, massive Glaubwürdigkeitsverluste in der Prävention durch die Einteilung in legale und illegale Drogen, Behandlungs- und Beratungs-Deformation, langjährige Verelendung vieler Drogenkonsumierender in der Illegalität sowie die ho-

allem bei jüngeren Konsumentinnen und Konsumenten notwendig.

Selbst der von der Union eingeladene Experte Hans-Günter Meyer-Thompson von der Deutschen Gesellschaft für Suchtmedizin übte deutliche Kritik. Er betonte die Doppelmoral, die vor allem bei der Union vorherrsche. Er berichtete, dass er selbst in der Vergangenheit von einem Abgeordneten der Union unter vier Augen befragt wurde, welche Möglichkeiten es zur medizinischen Verwendung von Cannabis für einen Krebskranken in der Familie gebe. Dem Abgeordneten hätte er zum Glück helfen können. Die Unionsabgeordneten sollten endlich Mut beweisen gegenüber der Angst vor den Reaktionen in der Öffentlichkeit und die Fakten zur Kenntnis nehmen. Das Abstinenzdogma hätte sich in der Praxis nicht bewährt. Beispiele aus anderen Ländern wie Portugal, Spanien, Belgien und der Schweiz zeigten, dass eine andere, evidenzbasierte Drogenpolitik möglich sei. Neben den anwesenden Abgeordneten der LINKEN und von Bündnis90/Die Grünen applaudierten an dieser Stelle auch alle Abgeordneten der SPD. Es bleibt abzuwarten, wie sich die SPD in der kommenden Beratung über den Antrag im Bundestag verhält.

Benjamin Krüger

**FÜR
SIE DA!
SOZIAL
&
REGIONAL!**

Kreisvorstands-Sitzungen:

Datum	Uhrzeit	Ort
12. Januar 2015	17:30 Uhr	Wahlkreisbüro Ute Lukasch, Schmölln, Brückenplatz 19
09. Februar 2015	17:30 Uhr	Wahlkreisbüro Frank Tempel, Altenburg, Marktgasse 1
09. März 2015	17:30 Uhr	Wahlkreisbüro Ute Lukasch, Schmölln, Brückenplatz 19

Die Barbezahlungen der Mitgliedsbeiträge können an den Tagen der Kreisvorstandssitzungen im jeweilig benannten Büro und jeden Mittwoch zwischen 10:00 Uhr und 13:00 Uhr im Abgeordnetenbüro Frank Tempel, Marktgasse 1 in 04600 Altenburg vorgenommen werden.



 Europäische LINKE

DIE LINKE.

DIE LINKE.
THÜRINGEN

Eintrittserklärung

Hiermit erkläre ich,

Name, Vorname

Straße, Hausnummer, PLZ, Ort

meinen Eintritt in die Partei DIE LINKE, Mitglied der Partei der Europäischen Linken (EL).

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen des Programms der Partei DIE LINKE, erkenne die Bundessatzung an und bin nicht Mitglied einer anderen Partei im Sinne des Parteiengesetzes.

Weitere Angaben zu meiner Person

Geburtsdatum

Beruf

Telefonnummer

E-Mail-Adresse

Wurdest du früher bereits Mitglied einer Partei im Sinne des Parteiengesetzes? Wenn ja, in welcher?

Ort und Datum

Unterschrift

Die Angaben dienen der Nachweisführung und der statistischen Auswertung der Mitgliederentwicklung sowie der Verbesserung der Kommunikation. Sie werden im Parteivorstand, den Landesverbänden und in den Gliederungen der Partei DIE LINKE entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) gespeichert, verarbeitet, übermittelt und aufbewahrt. Ausfüllen, unterschreiben und einsenden an: DIE LINKE Thüringen, Eugen-Richter-Str. 44, 99085 Erfurt

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige die Partei DIE LINKE meinen monatlichen Mitgliedsbeitrag in Höhe von ____ Euro und meinen Jahresmitgliedsbeitrag für die Partei der Europäischen Linken (EL) jeweils im Monat Mai in Höhe von ____ Euro (Mindestbetrag 6 Euro) von unten stehendem Konto abzubuchen.

Kontonummer

Bankleitzahl

Name und Ort des Geldinstituts

Name und Unterschrift des Kontoinhabers/der Kontoinhaberin (wenn abweichend vom Mitglied)

Ort und Datum

Unterschrift

Die Angaben dienen der Nachweisführung und der statistischen Auswertung der Mitgliederentwicklung sowie der Verbesserung der Kommunikation. Sie werden im Parteivorstand, den Landesverbänden und in den Gliederungen der Partei DIE LINKE entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) gespeichert, verarbeitet, übermittelt und aufbewahrt. Ausfüllen, unterschreiben und einsenden an: DIE LINKE Thüringen, Eugen-Richter-Straße 44, 99085 Erfurt



Ruft an, fragt nach!

Kontaktadressen:

Geschäftsstelle:

DIE LINKE Altenburger Land

Vorübergehend nach Schmölln, Brückenplatz 19 (ins Büro von Ute Lukasch) verlegt.

Wahlkreisbüro Ute Lukasch:

04626 Schmölln, Brückenplatz 19,

Tel.: 034491- 586796

E-Mail: wkb-schmoelln@utelukasch.de

**FÜR
SIE DA!
SOZIAL
&
REGIONAL!**

Wahlkreisbüro Dr. Birgit Klaubert:

04600 Altenburg, Marktgasse 1,

Tel.: 03447- 505987

E-Mail: info@dr-birgit-klaubert.de

Wahlkreisbüro Frank Tempel:

04600 Altenburg, Marktgasse 1,

Tel.: 03447 - 579045

E-Mail: frank.tempel.ma05@bundestag.de